

Atomwaffenfreie Welt– noch viele Hürden auf dem Weg zu Obamas Vision

Von Andreas Zumach

Im August 1945 warfen US-Kampfflugzeuge zwei Atombomben auf die beiden japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki. Mit verheerenden Folgen, an denen die Überlebenden bis heute leiden. Seit diesem ersten und bislang einzigen Einsatz atomarer Massenvernichtungsmittel engagieren sich weltweit Millionen von Menschen beharrlich für eine atomwaffenfreie Welt. Es ist ein Erfolg auch dieser Menschen, wenn sich mit Barack Obama nun erstmals ein amtierender US-Präsident öffentlich zu dieser Vision bekennt -wenn auch versehen mit dem Zweifel, daß sie noch zu seinen Lebzeiten wahr wird. Bereits 1987 hatte der damalige US-Präsident Ronald Reagan in einem Vieraugenspräch mit seinem sowjetischen Amtskollegen Michail Gorbatschow positiv auf dessen Vorschlag für eine vollständige atomare Abrüstung reagiert – zu der sich ja beide Großmächte ohnehin im Atomwaffensperrvertrag von 1976 völkerrechtlich verbindlich verpflichtet hatten.

Doch Reagans Militärberater redeten ihrem Chef diesen „gefährlichen Unsinn“ schnell wieder aus. Dieses Schicksal wird Obamas Vorstoß nicht erleiden, zumal der Präsident mit der Erklärung, die USA würden „so lange ein sicheres und effektives Arsenal an Atomwaffen behalten, wie es noch anderswo auf der Welt Atomwaffen gibt“, sich auch alle Aufrüstungsoptionen offen gehalten hat. Was die kalten – und am liebsten auch heißen - Atomkrieger unter den Republikanern allerdings nicht davon abhielt, ihrem Präsidenten bereits „Verrat“ und die „Gefährdung der Sicherheit Amerikas“ vorzuwerden. Doch noch ist keine der konkreten Maßnahmen zur Abrüstung von Atomwaffen und zur Verhinderung ihrer Weiterverbreitung, die Obama in seiner Prager Rede angekündigt und vorgeschlagen hat, in trockenen Tüchern.

Am größten sind die Chancen, daß Washington und Moskau rechtzeitig bis zum Auslaufen des START-Vertrages Anfang Dezember dieses Jahres ein neues Abkommen vereinbaren zur weitergehenden Reduzierung ihrer strategischen Atomwaffenarsenale. Als Stolperstein könnte sich allerdings noch das von Obama vorläufig weiterverfolgte „Raketenabwehrprogramm“ mit Raketen und Radaranlagen in Polen und Tschechien erweisen, in dem nicht nur die Regierung in Moskau sondern auch unabhängig Sicherheitsexperten im Westen eine potentielle Bedrohung Rußlands sehen.

Mit einem neuen Abkommen zwischen Washington und Moskau würde auch Obamas Ziel realistischer, „alle anderen Staaten, die Atomwaffen besitzen, in die Abrüstung einzubeziehen“. Das gilt zumindest für China, das sich bei der Größe und Schlagkraft seiner atomaren Rüstung in erster Linie an den strategischen Arsenalen Washingtons und Moskaus orientiert. Um die Bedrohungsängste in Peking zu mildern, könnte Obama auch die unter seinem Vorgänger Bush verfaßte nukleare Einsatzdoktrin des Pentagon ändern, in der China -neben Rußland, Iran, Nordkorea und drei weiteren Ländern – ausdrücklich genannt wird als potentielles Ziel für atomare Erstschläge der USA. Großbritannien wird sich der vom Präsidenten der USA gewünschten Einbeziehung in die atomare Abrüstung kaum widersetzen. Schwieriger ist die Lage in Frankreich. Denn die atomare „Force de frappe“, die auch nach der vollständigen Rückkehr des Landes in die militärische Integration der NATO weiterhin ausschließlich unter Pariser Kommando steht, gilt parteiübergreifend als stolzes Symbol nationaler Größe und Unabhängigkeit.

Mit Sicherheit nicht ausreichend ist ein neues Abkommen zwischen Washington und Moskau, um Wirkung auf die drei übrigen Atomwaffenstaaten Israel, Indien und Pakistan zu erzielen sowie auf Nordkorea und Iran und andere tatsächliche oder vermeintliche A-Waffenaspiranten. Sicher hilfreich ist, daß Obama das bereits von seinem Vorgänger Bill Clinton unterzeichnete Abkommen zum Verbot von atomarer Testexplosionen endlich dem Senat zur Ratifizierung zuleitet. Doch Israel wird – wenn überhaupt - nur unter erheblichem Druck aus Washington bereit sein, sein bislang strikt geheim gehaltenes Atomwaffenarsenal zunächst einmal offenzulegen und dann vielleicht in Abrüstungsverhandlungen einzubringen. Hierfür hilfreich wäre eine Beilegung des Konflikts um das iranische Atomprogramm, mit dem jeglicher Verdacht, Teheran strebe Atomwaffen an, endgültig ausgeräumt wird. Eine derartige Konfliktlösung wird es nur geben bei einer Normalisierung der Beziehungen zwischen den USA und Iran. Hierzu hat Obama zwar seine Bereitschaft erklärt. Doch von entscheidender Bedeutung wäre eine verlässliche Nichtangriffsgarantie Washingtons gegenüber Teheran. Auch für die Einstellung des nordkoreanischen Atomwaffenprogramms wäre eine solche Garantieerklärung, (die Clinton bereits 1994 gegenüber Pjöngjang abgegeben, Bush aber 2002 wieder aufgekündigt hatte) eine entscheidende Voraussetzung.